



Grüne kritisieren IHK-Einsatz für Ortsumgehung

Sprecher Dan Fehlberg: Beteiligung am Aktionsbündnis befremdet - Bundesgericht fordert Zurückhaltung

FREIBERG - Die Beteiligung der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen (IHK) am Bündnis "Pro Ortsumgehung Freiberg" ist für die mittelsächsischen Grünen rechtlich zweifelhaft. Die Initiative, die auf ihrer Internetseite mehr als 2800 Unterstützer aufführt, geht laut Freiberger Rathaus offiziell von der Stadt Freiberg, dem Landkreis Mittelsachsen und der IHK aus; IHK-Präsident Michael Lohse sowie seine Geschäftsführer Manfred Goedecke (Industrie) und Hans-Christoph Moser (Mittelsachsen) gehören zu den Gründungsmitgliedern.

Der IHK-Einsatz befremde ihn, erklärt Grünen-Sprecher Dan Fehlberg. Er verweist dabei auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom Juni 2010 wonach die IHK in politischen Streitfragen "das höchstmögliche Maß an Objektivität und die notwendige Sachlichkeit und Zurückhaltung" zu wahren habe. Zudem müssten die Interessen ihrer Mitglieder ausgewogen - gegebenenfalls auch die Positionen von Minderheiten - dargestellt werden.

Das sei bei "Pro Ortsumgehung" nicht der Fall, so Fehlberg. Er wisse von Beschwerden einzelner Unternehmer, weil die IHK im Februar ein Unterstützerkonto für die Initiative eingerichtet und per Rundschreiben um Spenden gebeten habe.

Für Fehlberg steht fest, dass durch Vorspiegelung einer Einigkeit in der Bevölkerung auf das Bundesverwaltungsgericht Druck ausgeübt werden soll. "Es ist schon befremdlich, welche zweifelhaften Wege die Initiative ‚Pro Ortsumgehung‘ beschreitet. Jetzt schreibt also die IHK Unternehmen in der Region an und stellt sich politisch auf eine Seite, die offensichtlich von ihren eigenen Zwangsmitgliedern gar nicht einhellig begrüßt wird. Kein Wunder, dass die Zwangsmitgliedschaft in der IHK auf immer weniger Gegenliebe stößt", so der Rechtsanwalt.

Die ganze Aktion sei sehr fragwürdig, erklärt Fehlberg. "Ich halte es für möglich, dass die IHK in dieser Sache ihre eigentlichen Kernaufgaben unzulässig überschreitet und die Beteiligung an der Initiative gegen geltendes Recht verstößt. Aber es zeigt auch, dass die Unterstützung in der Bevölkerung für die Umgehungsstraße offenbar gar nicht so groß ist, wie ständig von den Befürwortern behauptet wird."

Dan Fehlberg

Foto: PF

Sprecher der Grünen in Mittelsachsen und Rechtsanwalt

Grüne kritisieren IHK-Einsatz für Ortsumgehung

Sprecher Dan Fehlberg: Beteiligung am Aktionsbündnis befremdet – Bundesgericht fordert Zurückhaltung

FREIBERG – Die Beteiligung der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen (IHK) am Bündnis „Pro Ortsumgehung Freiberg“ ist für die mittelsächsischen Grünen rechtlich zweifelhaft. Die Initiative, die auf ihrer Internetseite mehr als 2800 Unterstützer aufführt, geht laut Freiberger Rathaus offiziell von der Stadt Freiberg, dem Landkreis Mittelsachsen und der IHK aus; IHK-Präsident Michael Lohse sowie seine Geschäftsführer Manfred Goedecke (Industrie) und Hans-Christoph Moser (Mittelsachsen) gehören zu den Gründungsmitgliedern.

Der IHK-Einsatz befremde ihn, erklärt Grünen-Sprecher Dan Fehl-

berg. Er verweist dabei auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom Juni 2010 wonach die IHK in politischen Streitfragen „das höchstmögliche Maß an Objektivität und die notwendige Sachlichkeit und Zurückhaltung“ zu wahren habe. Zudem müssten die Interessen ihrer Mitglieder ausgewogen – gegebenenfalls auch die Positionen von Minderheiten – dargestellt werden.

Das sei bei „Pro Ortsumgehung“ nicht der Fall, so Fehlberg. Er wisse von Beschwerden einzelner Unternehmer, weil die IHK im Februar ein Unterstützerkonto für die Initiative eingerichtet und per Rundschreiben um Spenden gebeten habe.



Dan Fehlberg
Sprecher der Grünen
in Mittelsachsen und
Rechtsanwalt

FOTO: PF

Für Fehlberg steht fest, dass durch Vorspiegelung einer Einigkeit in der Bevölkerung auf das Bundesverwaltungsgericht Druck ausgeübt werden soll. „Es ist schon befremdlich, welche zweifelhaften Wege die Initiative ‚Pro Ortsumgehung‘ beschreitet. Jetzt schreibt also die IHK Unternehmen in der Region an und stellt sich politisch auf eine Seite, die

offensichtlich von ihren eigenen Zwangsmitgliedern gar nicht einhellig begrüßt wird. Kein Wunder, dass die Zwangsmitgliedschaft in der IHK auf immer weniger Gegenliebe stößt“, so der Rechtsanwalt.

Die ganze Aktion sei sehr fragwürdig, erklärt Fehlberg. „Ich halte es für möglich, dass die IHK in dieser Sache ihre eigentlichen Kernaufgaben unzulässig überschreitet und die Beteiligung an der Initiative gegen geltendes Recht verstößt. Aber es zeigt auch, dass die Unterstützung in der Bevölkerung für die Umgehungsstraße offenbar gar nicht so groß ist, wie ständig von den Befürwortern behauptet wird.“

Publikation
Lokalausgabe
Erscheinungstag
Seite

Freie Presse
Freiberger Zeitung
Mittwoch, den 09. März 2011
9

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)